Praxis– und Forschungsnetzwerk der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

10.März 2020

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

MÖGLICHKEITEN UND WEGE DER GESTALTUNG FÜR DIE VERWALTUNG

Zusammenfassung

der 3. Bundesweiten Tagung des Praxis- und Forschungsnetzwerks der Hochschulen für den öffentlichen Dienst (HöD) am Donnerstag, 6. und Freitag, 7. Februar 2020 an der Hochschule Osnabrück

Am 06. und 07. Februar 2020 fand an der Hochschule Osnabrück die dritte Tagung des Praxis– und Forschungsnetzwerks der Hochschulen für den öffentlichen Dienst statt. Die Tagung hatte diesmal den inhaltlichen Schwerpunkt „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ in den Fokus genommen. Fast 60 Gäste nahmen an der Tagung teil und diskutierten in der Workshops mit die unterschiedlichsten Aspekte des Themas „Gleichwertigkeit. Vertreten waren mehr als 30 ProfessorInnen und DozentInnen aus 15 Hochschulen des öffentlichen Dienstes. Auch die Praxis, zumeist aus kommunalen Institutionen, war mit mehr als 20 Gästen gut vertreten und informierten sich durch die 18 Referate und Beiträge. Im Herbst des Jahres wird dazu ebenfalls wieder ein Tagungsband in der NOMOS-Reihe herausgegeben.

RKHÖD

HOCHSCHULE OSNABRÜCK
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

BESUCHEN SIE AUCH:
WWW.RKHOED.DE

INHALTE

- Impressionen und der Plenumsteil
- Workshop 1: Die Europäische Dimension
- Workshop 2: Soziale und technische Innovationen
- Workshop 3: Mensch und Arbeit
- Aktuelle Informationen und neue Publikationen

Impressionen von der Tagung in Osnabrück

Gastgeber und Organisatoren: Prof. Dr. Andreas Lasar, HS Osnabrück, Prof. Dr. Andrea Braun von Reinersdorff, HS Osnabrück, Prof. Dr. Johanna Groß, Kommunale Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen, Prof. Dr. Jürgen Stember, Präsident der RK HöD und Prof. Dr. Joachim Beck, Rektor der Hochschule Kehl (v.l.n.r.)

Die bereits dritte bundesweiten Tagung des Praxis- und Forschungsnetzwerks der Hochschulen für den öffentlichen Dienst (HöD) tagte Anfang Februar 2020 an der Hochschule Osnabrück und nahm sich des weiten Themas der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen an – von der technischen bis hin zur Europäischen Ebene.

Die dritte Tagung des Praxis– und Forschungsnetzwerks der Hochschulen für den öffentlichen Dienst hatte diesmal den inhaltlichen Schwerpunkt „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ in den Fokus genommen. Fast 60 Gäste nahmen an der Tagung teil und diskutierten in drei Workshops unterschiedlichste Aspekte des Themas „Gleichwertigkeit“. Vertreten waren diesmal in Osnabrück mehr als 30 ProfessorInnen aus 15 Hochschulen des öffentlichen Dienstes. Auch die Vertreter der Praxis waren präsent und informierten sich durch die insgesamt fast 20 Referate.
Im ersten Plenumsteil erläuterten nach der Begrüßung durch die Gastgeberhochschule die beiden Initiatoren des Netzwerks sowie Organisatoren der Veranstaltung, Prof. Dr. Joachim Beck und Prof. Dr. Jürgen Stember, die Ziele und Hintergründe der Tagung. Sie verwiesen nicht nur auf die wachsenden institutionellen Unterschiede, sondern vor allem auf die zunehmenden räumlichen Disparitäten. Den Abschluss des Plenumsteil markierte der Beitrag von Prof. Dr. Johanna Groß von der Kommunale Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen (Hannover), der sich mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse aus soziologischer Sicht beschäftigte und dort vor allem Aspekte der sozialen Ungleichheit und Chancengleichheit in den Vordergrund stellte.

Workshop 1: Die Europäische Dimension

Moderation des Workshops:
Prof. Dr. Joachim Beck
Professor für Verwaltungswissenschaften
Rektor der Hochschule Kehl

Im Kontext der allgemeinen Zielsetzung der Tagung versuchte der Workshop 1 herauszuarbeiten, welche Relevanz das Thema der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für die öffentliche Verwaltung aus einem europäischen Blickwinkel umfasst.

Im Rahmen ihres Impulsvortrages zum Thema „Als Verwaltung Europa gestalten“, stellte Frau Bartels – Leipold von der Hochschule Osnabrück zunächst den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen europäischer Integration und der rechtlichen Ausgestaltung grenzüberschreitender Lebenssachverhalte in Europa heraus. Sie zeigte dabei auf, welche Zeiträume europäische Harmonisierungsbestrebungen in der Regel umfassen und welche große Bedeutung nach wie vor dem Europäischen Gerichtshof als zentralem Integrationsmotor kommt.
In welchem Umfang europäisches Recht nationales Recht und damit die Grundlagen für das Handeln von Verwaltungen gerade auf der regionalen und lokalen Ebene prägt und in welchem Maße dies Studierenden im Bereich des Public Management im Hinblick auf Aufgabenstellungen der öffentlichen Daseinsvorsorge tatsächlich bewusst ist, stellten anschließend Martina Röhricht und Christiane Tüe von der Hochschule Bremen dar.
Christoph Schewe von der Fachhochschule Altenholz untersuchte am Beispiel der A1 Bescheinigung zur Arbeitnehmerentsendung , inwiefern europäische Regelungsansätze tatsächlich geeignet sind, horizontale Mobilität in Europa zu befördern bzw. welche Faktoren für die Wirksamkeit solcher Handlungsansätze gegeben sind.
Joachim Beck von der Hochschule Kehl untersuchte, inwiefern Ansätze der Institutionalisierung grenzüberschreitender Kooperation im Bereich territorialer Entwicklung und Kohäsion befördern können und welche Rollen hierbei insbesondere die kommunalen und regionalen Verwaltungen spielen. Am Beispiel von EPSAS untersuchte Arnim Goldbach von der Hochschule Hildesheim abschließend, inwiefern eine harmonisierte öffentliche EU Rechnungslegung zu gleichwertigen Verhältnissen in Europa beitragen kann.

Die Diskussionen im Rahmen des Workshops zeigten, dass öffentliche Verwaltung in der Konkretisierung der Idee der europäischen Integration eine zentrale Rolle spielt, dabei jedoch auch vor sehr spezifische Herausforderungen gestellt ist. Öffentliche Verwaltung hat diesbezüglich zwei grundlegende Funktionen: zum einen hat sie europäische Regelungen konkret vor Ort zu realisieren, auf der anderen Seite hat sie aber auch die Funktion einer Identifikation von grenzüberschreitendem und damit europäischem Handlungsbedarf. Zudem wurde am ersten Tag entsprechend auch die Frage diskutiert, inwiefern tatsächlich Verbindlichkeit durch Recht hergestellt werden kann, wie Europarecht in der Praxis der öffentlichen Verwaltung de facto wahrgenommen wird und welche Grenzen im Hinblick auf Kooperation und Problemlösungsfähigkeit bestehen, wenn Lebenssachverhalte nicht durch den EuGH geregelt werden.
Als zweiter Themenkreis konnte identifiziert werden, dass im Kontext der europäischen Integration durchaus ein Spannungsfeld zwischen marktorientierter Gestaltung auf der Makroebene sowie historisch gewachsenen Strukturen des öffentlichen Sektors auf der nationalen Ebene bestehen. Gerade im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge stellen sich hierbei vielfältige Spannungsverhältnisse zwischen der europäischen und der internationalen Ebene. Dass dabei in den europäischen Institutionen viele Politikansätze letztlich eine angelsächsische Kultur wiederspiegeln, wurde insofern als durchaus problematisch thematisiert.

Im Hinblick auf mögliche Empfehlungen wurde im Workshop die Notwendigkeit erkannt, in Zukunft stärker und selbstbewusster auf die eigene kontinentaleuropäisches Sicht zu achten und eigene Standards aus Traditionen der europäischen Daseinsvorsorge im öffentlichen Sektor zu entwickeln. Des Weiteren bestand Einigkeit darüber, dass die Information über europäische Harmonisierungen, sowie daraus resultierender Potenziale deutlich intensiviert werden müsste. Konkret wurde dies am Beispiel der Frage erörtert, wie EU-Recht besser in der Ausbildung verankert werden kann. Hier stellte sich die Frage, ob es perspektivisch sinnvoll ist, weiterhin eigene EU -Module anzubieten, oder ob nicht der Tatsache Rechnung zu tragen ist, dass EU-Recht sich vor Ort als materielles nationales Fachrecht konkretisiert, mithin also in den entsprechenden sektoralen Rechtsgrundlagen eine notwendige Sensibilisierung über deren europäischen Ursprung in Zukunft geleistet werden sollte. Ob Verwaltung demgegenüber in der Lage ist, eventuelle Konflikte zwischen Lebenssachverhalten, nationalen Rechtsnormen und europäischen Zielsetzungen im Einzelfalle tatsächlich zu lösen, wurde eher kritisch betrachtet. Generell wurde dafür plädiert, die Rolle der Europa-orientierten Fortbildung zu stärken. In diesem Kontext wurde kritisch reflektiert, dass gerade auf der Ministerialebene vielfach noch ein Mangel an EU-rechtlicher Sensibilisierung besteht. Ziel führend könnte hier die Idee eines Erasmusprogramms für Beamte sein, um dadurch den Beamtenaustausch insbesondere auch auf der regionalen und lokalen Ebene zu intensivieren, informelle Lernmöglichkeiten durch konkrete Projekte zu fördern und damit insgesamt dazu beizutragen, die unterschiedlichen Systeme öffentlicher Verwaltung in Europa einander informell anzugleichen.

Workshop 1: Die Europäische Dimension

Eine besondere Bedeutung kommt nach Einschätzung der Workshop-Teilnehmer in jedem Fall der Führungsebene zu. Zudem wurde hervorgehoben, das EU-Thema auch institutionell in den Fachverwaltungen noch besser zu verankern. Insbesondere auf kommunaler und regionaler Ebene muss es zukünftig darum gehen, nicht nur EU-Beauftragte zentral als Stabstelle zu institutionalisieren, sondern insbesondere auch die EU-Kompetenz in der administrativen Linienorganisation zu stärken. Dem Personalmanagement kommt dabei gerade auch in der Phase der Personalgewinnung und bei der Personalentwicklung große Bedeutung zu.

Ebenfalls diskutiert wurde, inwiefern durch Digitalisierung sowohl ein höherer Grad an Integration als auch – zumindest indirekt - ein Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Europa geleistet werden kann. Die Teilnehmer kamen dabei zum Ergebnis, dass es in einer grenzüberschreitenden Perspektive durchaus sinnvoll sein kann, einzelne Geschäftsprozesse wie zum Beispiel die Kfz-Überführung von einem Nachbarland in das andere, digital auszugestalten. Auch sollten bestehende europäische Plattformen wie etwa SOLVIT gerade von den nationalen Verwaltungen noch sehr viel intensiver genutzt werden. In einer gesamteuropäischen Perspektive stellt sich allerdings die Frage, inwiefern Digitalisierung tatsächlich in einem vertretbaren Kosten-/ Nutzen-Aufwand steht, da der Umfang der europäischen Mobilität nach wie vor vergleichsweise gering ausgeprägt ist – Schätzungen belaufen sich darauf, dass zum Beispiel die Mobilität von Arbeitnehmern und/oder RentnerInnen und Rentner deutlich unter 5 % liegt. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Paradox identifiziert: EU-Recht wird vertikal implementiert und de facto zu nationalem Recht, es findet sich ganz konkret in den die Vorschriften-Sammlungen Verwaltung (VSV) der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Bundesländer.

Durch die Implementierung in nationales Recht können insbesondere im Bereich von Richtlinien auf diese Weise indessen auch nationale Standards zementiert werden, die dann in einer horizontalen, grenzüberschreitenden Perspektive wiederum zu spezifischen Herausforderungen führen. Generell wurden die Transaktionskosten von horizontaler Mobilität gerade im Hinblick auf die Interaktion zwischen verschiedenen Verwaltungssystemen als nach wie vor sehr hoch eingeschätzt. Die Perspektive einer europäischen Harmonisierung von Verwaltungsstandards wurde eher kritisch betrachtet insbesondere vor einer Einschätzung der Situation im nationalen Föderalismus, wo ebenfalls Harmonisierungsbestrebungen regelmäßig an ihre Grenzen stoßen.

Agenda des Workshops

WORKSHOP 1 | EUROPÄISCHE DIMENSION
Moderation: Prof. Dr. Joachim Beck, Raum: CN0003

TEIL 1 | DONNERSTAG | 6.2.2020 | 15:00–16:30 UHR
Als Verwaltung Europa gestalten
Dr. Barbara Bartels-Leipold, Hochschule Osnabrück
Europa im Verwaltungshandeln. Lästig? Unentbehrlich!
Prof.'in Dr. Martina Röhrich, Prof.'in Dr. Christiane Trüe, Hochschule Bremen

TEIL 2 | DONNERSTAG | 6.2.2020 | 17:00–18:30 UHR
Highway to European Integration?
Die A1-Bescheinigung zur Arbeitnehmerentsendung
Prof. Dr. Christoph Schewe, Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung Schleswig-Holstein, Kiel-Altenholz/Reinfeld
Territoriale Zusammenarbeit und der Europäische Verwaltungsraum
Prof. Dr. Joachim Beck, Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

TEIL 3 | FREITAG | 7.2.2020 | 9:00–10:45 UHR
EPSAS: Führt eine harmonisierte öffentliche EU-Rechnungslegung zu gleichwertigeren Verhältnissen?
Prof. Dr. Arnim Goldbach, ehemalige Niedersächsische Hochschule für Verwaltung und Rechtspflege Hildesheim

In Hinblick auf die Ausgestaltung weiterer Tagungen des Forschung- und Praxisnetzwerks der Hochschulen für den öffentlichen Dienst sprechen die Teilnehmer des Workshops die Empfehlung aus, keine eigenen EU Workshops mehr zu organisieren, sondern in den einzelnen Fachthemen jeweils EU relevante Dimensionen aus dem Blickwinkel der öffentlichen Verwaltung mitzudenken. Zudem wurde empfohlen, dem Thema in der Verwaltungsausbildung einen sehr viel größeren Stellenwert beizumessen – ebenfalls jedoch nicht zwingend in Form von eigenen Europamodulen, sondern innerhalb der jeweiligen fachlichen Ausbildungsthemen.

Workshop 2: Soziale und technische Innovationen

Moderation des Workshops:
Prof. Dr. Jürgen Stember
Professor für Verwaltungswissenschaften
Präsident der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

Im Workshop „Soziale und technische Innovationen“ standen insgesamt vier zentrale Perspektiven in den Vorträgen im Vordergrund:

- Herstellung von Gleichwertigkeit durch Professionalisierung
- Unterschiede Messbar machen!
- Unterschiede und wachsende Regelungsdichte
- Regionen emanzipieren sich selbst!

In ihrem ersten Vortrag „IT-Architekturmanagement“ ging Frau Prof. Dr. Dagmar Lück-Schneider unter anderem auf die Herstellung **von Gleichwertigkeit durch Professionalisierung** ein. Hier wurde besonders die Steuerungsfunktion und die Anpassung der eigenen Handlungsfähigkeit betont, wobei das Architekturmanagement zur besseren Anpassung und zur Vereinheitlichung von Prozessen und IT-Lösungen geeignet ist. Den „architektonischer Blickwinkel“ gäbe es in zahlreichen anderen Wissenschaftsdisziplinen und er sei in dem Rahmen setzenden Aktivitäten wichtig. Die Potenziale von Architekturen, z. B. als wichtige Substitution von Prozessmanagement oder Bewertungen unterschiedlicher Rahmenbewertungen nehme einen besonderen Stellenwert auch im Sinne einer Gleichwertigkeit durch Professionalisierung der eigenen Tätigkeit ein.

Einen ähnlichen Blickwinkel nahm der Vortrag von Prof. Dr. Thomas Hemker auf, der auf ein gemeinschaftliches Projekt mit den Kollegen aus Ludwigsburg, u.a. Prof. Dr. Müller-Török hinwies. Der Vortrag thematisierte das Vorbild aus der Privatwirtschaft Enterprise-Resource-Planning (ERP)-)Systeme zur Professionalisierung der Arbeit und zur Schaffung von Gleichwertigkeit einzusetzen. Auch hier zeige sich ein erhebliches Professionalisierungspotenzial, das er u.a. am Beispiel der Personalverwaltungssysteme (PVSPlus) auf Bundesebene beschrieb.

Bestehende **Unterschiede überhaupt erst einmal mess– und sichtbar zu machen**, dieser Aufgabe widmete sich das Projekt ebenfalls aus der HS Ludwigsburg. Den Projektansatz von prof. Dr. Birgit Schenk stelle Frau Prof. Dr. Steidle vor und skizzierte ein Reifegradmodell für eine Verwaltung 4.0. Unter anderem wurden die Fragen, warum sich sich eine Verwaltung ändern sollte und welche unterschiedlichen Kundenerwartungen sich aktuelle ergeben, in den Vordergrundgestallt.

Wichte und zentrale Faktoren, die den Reifegrad der Digitalisierungsansätze vor allem in Kommunen beeinflussen sind u.a.

- Personal,
- Strategie,
- Prozesse,
- Organisationskultur,
- Kernwerte, Grundhaltung

Wie sich **ungleichwertige Lebensverhältnisse durch unterschiedliche Verwaltungsperformanz** entwickeln können, zeigte der Vortrag von Frau Prof. Dr. Edna Rasch von der FH in Altenholz (Schleswig-Holstein) am Beispiel der Regelungsdichte des SGB IX: Juristisches „Framework“, SGB IX mit zusätzlichen 60 §§. In diesem Kontext würde eine immer mehr wachsende Regelungsdichte mit immer mehr Regelungen einen erheblichen Anstieg der Bürokratisierung verursachen und damit die Verwaltungen vor große Herausforderungen stellen: Größere Verwaltungen haben bei der Umsetzung zahlreiche Vorteile, kleine Verwaltungen hingegen können das oft nicht kompetent umsetzen. In der Diskussion ging es dabei anschließend um die Quantifizierung von Bürokratiekosten und dem dazu erforderlichen Erfüllungsaufwand genauso wie um die Regelungen vs. Ermessenstatbeständen. Mehr Regelungsverstöße der Exekutive bei stärkeren Regelungen,

Unter der Rubrik „**Regionen emanzipieren sich selbst und führen damit zu mehr Gleichwertigkeit**!“ folgten zwei Vorträge aus Sachsen-Anhalt, zum einen aus dem Landkreis Börde und zum anderen aus dem Salzlandkreis.

Über den komplexen und anspruchsvollen Prozess einer systematischen Zielentwicklung und anschließenden Integration in das politisch-administrative System im Landkreis Börde berichtete das Tandem aus Praxis und Wissenschaft, Frau Eileen Koch vom Landkreis Börde und Prof. Dr. Jürgen Stember von der HS Harz.

Workshop 2: Soziale und technische Innovationen

Gemeinsam stellen sie die großen Herausforderungen dieses anderthalb jährigen insgesamt sehr erfolgreichen Kooperationsprojekts mit der Landkreis Börde, in dem es um die Einführung einer Zielsystematik und Zielsteuerung und den Aufbau eines Gesamtsystems von der Vision bis zu den operationalen Zielen (SMART) und letztlich um Integration in den Haushalt ging. Die grundlegende These, dass gerade ländliche Regionen sich selbst optimieren und engagieren müssen, lag diesen Ausführungen genauso zugrunde wie beim nächsten Beispiel im Salzlandkreis.

Denn mit Hilfe der „Salzlandkarte im Salzlandkreis“ stellten Landrat Markus Bauer und sein kongenialer Partner Sparkassenvorstandschef Hans-Michael Strube in einem engagierten Vortrag einen regionalspezifischen und sehr interessanten Ansatz dar. Die Fragen „Wie wollen wir 2030 leben?“ und „Wie kann ein ländlich geprägter Flächenkreis Innovationen gestalten?“ standen dabei im Vordergrund. Die Buchstaben „WWW“ standen dabei stellvertretend für Wirtschaft, Wissenschaft, Wohnen mit dem Ziel der Entwicklung einer SMART-Region mit dem Motto „Aktiv. Gemeinsam. Vernetzt.
Das Ziel des Ansatz bestand darin die Salzlandkarte nicht nur als Zahl- und Informationskarte (Scheck-Karte) zu etablieren, sondern als ein Medium für zahlreiche neue und teils noch nicht bekannte Möglichkeiten zu entwickeln, z. B. Im Hinblick auf einfache, digitale Verfahren, mit Informationen und weiteren Anwendungen in den Bereichen Mobilität, Einkaufen und vereinfachte Abrechnung. Der Salzlandkreis wurde dabei als Gesamtsystem betrachtet und soll zu einer Smart-Region mit der Salzlandkarte entwickelt werden.

Im Resümee nach der Diskussion konnte festgehalten werden:

1. Die Professionalisierung des Verwaltungshandeln ist eine wichtige Aufgabe und Voraussetzung.
2. Die semantische Anlehnung an die Digitalisierung bringt wichtige Impulse, aber auch neue Ideen zur Umsetzung.
3. Die Entbürokratisierung ist ebenfalls wichtiger Aspekt für die Herstellung von Gleichwertigkeit.
4. Regionen und Verwaltungen müssen sich selbst emanzipieren und eigene, spezifische Wege finden.
5. Innovationen und neue Wege unter Nutzung digitaler Kompetenzen sind ein wichtiger Gestaltungsfaktor.

Agenda des Workshops

WORKSHOP 2 | SOZIALE UND TECHNISCHE INNOVATIONEN
Moderation: Prof. Dr. Jürgen Stember, Raum: CN0004

TEIL 1 | DONNERSTAG | 6.2.2020 | 15:00–16:30 UHR
IT-Architekturmanagement im Kontext des Tagungsthemas
Prof.'in Dr. Dagmar Lück-Schneider, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin
Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse durch zunehmende Regelungsdichte?
Prof.'in Dr. Edna Rasch, Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung Schleswig-Holstein, Kiel-Altenholz/Reinfeld

TEIL 2 | DONNERSTAG | 6.2.2020 | 17:00–18:30 UHR
Zielentwicklung und zielorientierte Steuerung
Prof. Dr. Jürgen Stember, Hochschule Harz,
Eileen Koch, Landkreis Börde
Digitale Reifegradmessung für eine Verwaltung 4.0
Prof.'in Dr. Birgit Schenk, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

TEIL 3 | FREITAG | 7.2.2020 | 9:00–10:45 UHR
Entwicklung und Einführung ERP-basierter Lehre an den HÖD
Prof. Dr. Robert Müller-Török, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg,
Prof. Dr. Thomas Hemker, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
Die Salzlandkarte – Der Türöffner zur digitalen Welt
Dr. Maik Planert, Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt
Markus Bauer, Landrat des Salzlandkreises

Workshop 3: Mensch und Arbeit

Moderation des Workshops:
Prof. Dr. Andreas Lasar

Studiengangsbeauftragter Bachelor Öffentliche Verwaltung und MBA Public Management
Hochschule Osnabrück

Im Workshop 3, der von Prof. Dr. Andreas Lasar von der Hochschule Osnabrück moderiert worden ist, war das übergeordnete Thema der Aufbau von Kompetenzen der verschiedenen Beteiligten in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen. Der Kompetenzaufbau ist erforderlich, um die anstehenden Herausforderungen insbesondere des demografischen Wandels und der Digitalisierung zu bewältigen sowie die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen in der Gesellschaft zu fördern.

Im Vortrag „Fallbearbeitung 3E: elektronisch, effizient, effektiv im Studiengang Öffentliche Verwaltung“ beschäftigten sich Dr. Patricia Gozalbez Cantó und Saskia, Ehlers von der Hochschule Osnabrück um den Kompetenzaufbau bei den Studierenden der Öffentlichen Verwaltung. Die Berücksichtigung zunehmender Heterogenität der Studierenden macht die Flexibilisierung und Individualisierung der Lehre erforderlich. Dies kann durch den Einsatz von Einsatz von Peer-Tutoring sowie zusätzliche Lehrformate im Rahmen des E-Learning erfolgen. Basis bildet eine digitale Falldatenbank. Dies kann nicht nur die Chancengleichheit im Studium verbessern, sondern führt auch zur Entwicklung einer „digital literacy“ als Reaktion auf die fortschreitende Digitalisierung. Wesentliche Erfolgsvoraussetzung ist die Akzeptanz der Studierenden.

Im Vortrag „Gegenseitige Unterstützung von Lehre/Wissenschaft und Praxis im Bereich der Digitalisierung“ von Frank Lenz, Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz und Michael Kaspers, Landkreis Cochem-Zell ging es um die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Hochschule beim Kompetenzaufbau im Rahmen der Digitalisierung. Michael Kaspers zeigte am Beispiel des Landkreises Cochem-Zell, dass es auch in „kleineren“ Kommunen erfolgreiche Weiterentwicklungen im Rahmen der Digitalisierung insbesondere bei der Umsetzung des E-Government gibt. Frank Lenz stellte das Konzept der Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz zur Berücksichtigung der Digitalisierung in der Lehre vor. Wichtig sind eine Strategie, die erforderliche Projektstruktur sowie die angemessene Hardwareausstattung. Aufgrund des Umfangs der Aktivitäten sind Priorisierungen notwendig sowie strategisches und interdisziplinäres Vorgehen erforderlich. Verknüpfungen zu E-Government und Digitalisierung müssen in jedem Modul gelehrt werden. Frank Lenz und Michael Kaspers betonten, dass dazu eine enge Verknüpfung bzw. Abstimmung zwischen Praxis und Lehre erforderlich ist. Durch die Digitalisierung ist insbesondere eine Chancengleichheit für den ländlichen Raum sowie die Kompensierung struktureller Nachteile möglich.

Im Vortrag „Alternative Formen der polizeilichen Aufgabenerfüllung“ befassten sich Katrin Stegemann und Kay Bonde von der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung Schleswig-Holstein, Kiel-Altenholz/Reinfeld, mit der Auslagerung einzelner polizeilicher Aufgaben auf Mitarbeiter*innen, die nicht formal Polizeibeamte*innen sind z. B. kommunale Ordnungskräfte. Es werden hoheitliche Aufgaben bei geringerer Bezahlung aber vergleichbaren Anforderungen übernommen. Sie wiesen auf die rechtliche Problematik und die unterschiedliche Behandlung in verschiedenen Bundesländern hin. Insbesondere fehlen die erforderlichen Kompetenzen, die Aufgaben vergleichbar den Polizeibeamten*innen wahrzunehmen, und es kommt zu einer Beeinträchtigung des Bildes der Polizei in der Öffentlichkeit. Mit Bezug zur Gleichwertigkeit wären im Rahmen des Föderalismus einheitliche Regelungen in den Bundesländern sinnvoll.

Im Vortrag „Implizites Erfahrungswissen und Wissensmanagementtechniken für die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommerns“ stellte Dr. Anne Melzer von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege, Güstrow, ein Projekt zum Wissensmanagement bei der Polizei vor. Fach- und Führungskräfte werden in großer Zahl pensioniert und nehmen wertvolles implizites Erfahrungswissen mit, welches sich formell bzw. standardisiert schlecht an Nachfolger*innen weitergeben lässt. Es kommt zu einem erheblichen Kompetenzverlust in der Polizei. Es sind Maßnahmen erforderlich, insbesondere unter Einbeziehung der Pensionäre dieses Erfahrungswissen zu übertragen. Dies führt auch zu einer Wertschätzung der Pensionäre. Die Anpassung an die Wissensgesellschaft und die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Polizei im demografischen Wandel bilden hier den Bezug zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Der Ansatz ließe sich auf andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung übertragen. Fraglich ist, wie Erfahrungswissen definiert werden kann und inwieweit Erfahrungswissen indirekt übertragen wird.

Workshop 3: Mensch und Arbeit

Im Vortrag, „Ergebnisse einer Studie zum Umgang mit geflüchteten Menschen in Kommunen Baden-Württembergs“ stellte Prof.’in Dr. Claudia Trippel von der Hochschule für öffentliche Verwaltung, Kehl, ein Praxisprojekt mit Studierenden vor, welches sich mit der gegenwärtigen Situation von Flüchtlingen in den Kommunen Baden-Württembergs befasst. Die Ergebnisse zeigen, dass es weiterhin Probleme mit der Unterbringung der aufgenommenen Flüchtlinge gibt. Die Ängste der Bürger*innen im Hinblick auf das Zusammenleben mit Flüchtlingen sind rückläufig. Gleichzeitig ist aber auch das Engagement der Bürger*innen im Zusammenhang mit der Unterstützung von Flüchtlingen zurückgegangen. Ggf. sollten hier die Kommunen tätig werden und die Bürger*innen stärker motivieren. Zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist die Integration von Flüchtlingen insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels von hoher Bedeutung. Der Vortrag zeigt die Relevanz von Praxisprojekten und die Befassung mit den Grundlagen empirischer Sozialforschung im Studium.

Im Vortrag „Fit im Job? Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) in der Verwaltung 4.0“ berichtete Prof.’in Dr. habil. Anna Steidle von der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, Ludwigsburg, über ein laufendes Forschungsprojekt. Das BGM gewinnt im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel aber auch der Wertschätzung der Mitarbeiter*innen zunehmend an Bedeutung. Es ergeben sich neue Anforderungen am Arbeitsplatz z. B. durch digitalen Stress. Die Anforderungen aber auch die Ressourcen beeinflussen Engagement und Gesundheit der Mitarbeiter*innen. Eine besondere Bedeutung für die Förderung der Gesundheit haben die quantitative Belastung am Arbeitsplatz und die Vielseitigkeit der Arbeit. Ein Beispiel für eine gute BGM-Maßnahme ist das bewusste Nutzen von Mikropausen durch Erholungsübungen. Der Aufbau von Kompetenzen in den Behörden und den Mitarbeitern führt zur Chancengleichheit bei der Gesunderhaltung. Die öffentliche Verwaltung sollte hier auch Vorbild in der Gesellschaft sein. Befragungen der Mitarbeiter*innen werden durch subjektive Wahrnehmungen beeinflusst. Eine Differenzierung der Mitarbeiter*innen z. B. nach Altersklassen wäre zu überlegen.

Im Vortrag „Vorstellung des Projektes BEST (Befragungsstandards für Deutschland) und erste Ergebnisse“ stellte Dr. Cathrin Chevalier von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege, Güstrow, erste Ergebnisses eines gemeinsamen Projektes mit der Steinbeis Hochschule, Berlin, und dem Landeskriminalamt in Niedersachsen, welches vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, vor. Ziel des Projektes ist es, Standards für Befragungs- und Vernehmungsmethoden zu erarbeiten. Dabei sind zunächst rechtliche, taktische und organisatorische Lücken bei den angewandten Methoden aufzudecken. Auf der Grundlage des Projektergebnisses können Kompetenzen in der Befragung und Vernehmung aufgebaut werden. Sie sind nicht nur für die Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaft nützlich, sondern können auf die gesamte öffentliche Verwaltung übertragen werden. Ein wesentliches Problem bei der Befragung ist die Kontaktgestaltung. Die Beziehungsarbeit ist wesentlich Teil der Befragung und individuell vorzunehmen. Ein Problem ist die subjektive Verzerrung aber auch die mangelnde Selbsteinschätzung von Vernehmer*innen.

Agenda des Workshops

WORKSHOP 3 | MENSCH UND ARBEIT

Moderation: Prof. Dr. Andreas Lasar, Raum: CN0005

TEIL 1 | DONNERSTAG | 6.2.2020 | 15:00–16:30 UHR

„Fallbearbeitung 3E: elektronisch, effizient, effektiv“ im Studiengang Öffentliche Verwaltung

Dr. Patricia Gozalbez Cantó, Svenja Gödecke, Saskia, Ehlers, Prof. Dr. Andreas Lasar, Hochschule Osnabrück

Gegenseitige Unterstützung von Lehre/Wissenschaft und Praxis im Bereich der Digitalisierung

Frank Lenz, Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz, Hermann Johann, Landkreis Cochem-Zell

Alternative Formen der polizeilichen Aufgabenerfüllung

Katrin Stegemann, Kay Bonde, Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung Schleswig-Holstein, Kiel-Altenholz/Reinfeld

TEIL 2 | DONNERSTAG | 6.2.2020 | 17:00–18:30 UHR

Implizites Erfahrungswissen und Wissensmanagement-techniken für die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommerns

Dr. Anne Melzer, Dr. Wolfram Karg, Dirk Villányi, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow

Ergebnisse einer Studie zum im Umgang mit geflüchteten Menschen in Kommunen Baden-Württembergs

Prof.’in Dr. Claudia Trippel, Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

TEIL 3 | FREITAG | 7.2.2020 | 9:00–10:45 UHR

Fit im Job? Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) in der Verwaltung 4.0

Prof.’in Dr. habil. Anna Steidle, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Vorstellung des Projektes BEST (Befragungsstandards für Deutschland) und erster Ergebnisse

Dr. Cathrin Chevalier, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow,
Polizeikommissar Florian Mertel

ZWEITER BAND IN NOMOS-REIHE

Im Rahmen der Netzwerk-Tagung Osnabrück konnte Band 2 der Schriften des Praxis– und Forschungsnetzwerks mit dem Titel der „Demographische Wandel“ vorgestellt und verteilt werden. Die Herausgeber Prof. Dr. Joachim Beck und Prof. Dr. Stember freuten sich über das Wachstum der Schriftenreihe.

Auf ein Wiedersehen beim nächsten Mal am 10./11.12.2020 in Meißen!

Kaum ist die dritte Tagung des Praxis– und Forschungsnetzwerks in Osnabrück vorbei, schon starten die Vorbereitungen der nächsten Tagung, die noch in diesem Jahr bei den Kolleginnen und Kollegen an der FH Meißen am 10./11.12.2020 stattfinden wird. Die Einladungen erfolgen Mitte des Jahres: **Bitte den Termin schon ´mal notieren (Save-the-date!)**

DRITTER BAND IN NOMOS-REIHE

Erstmals werden alle eingereichten Arbeiten der Hochschulen für den öffentlichen Dienst in jeweils 20seitigen Zusammenfassungen publiziert. Der von Präsident Prof. Dr. Jürgen Stember herausgegebene und von der BBBank finanzierte Band im NOMOS-Verlag ist Anfang März 2020 erschienen. Die Beiträge sind Zusammenfassungen der wissenschaftlichen Abschlussarbeiten und wurden von Erstprüfern und Absolventen gemeinsam verfasst.

AUSBLICK

TERMINE

- **RK-Frühjahrskonferenz** in Aachen auf Einladung der FHöV NRW am 6. -08.05.2020
- **RK-Herbstkonferenz** in Aschersleben auf Einladung der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt vom 14.-16. 10.2020
- **3. Netzwerktagung** am 10./11.12.2020 an der FH Meißen zum Thema „**Digitalisierung**“

VORHABEN UND AKTIVITÄTEN IN 2020

- Gründung einer Geschäftsstelle für die Rektorenkonferenz
- Ausbau der Informationsplattform **www.rkhoed.de**

Praxis– und Forschungsnetzwerk der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

c/o
Prof. Dr. Jürgen Stember
Präsident
Hochschule Harz
Fb Verwaltungswissenschaften
Domplatz 16
38820 Halberstadt

Telefon: 03943 / 659 419
Fax: 03942 / 659 499

E-Mail: